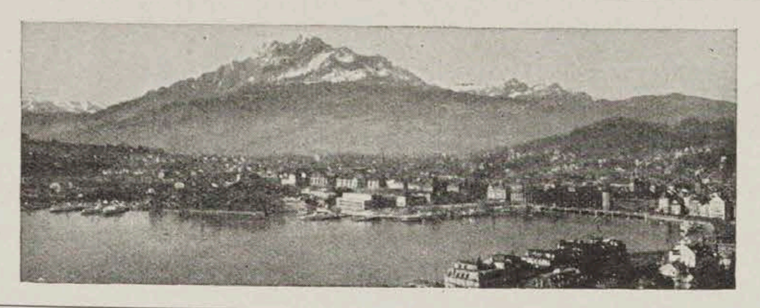
JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH
UND JÜDISCHES FAMILIENBLATT FÜR DIE SCHWEIZ

21. JAHRGANG AUGUST 1938 No. 1002

Empfehlenswerte

FIRMEN



in LUZERN

21. Jahrgang
Nr. 1002

12. August 1938

Jüdische Pressezentrale Zürich

und JÜDISCHES FAMILIENBLATT FÜR DIE SCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Oscar Grün.
Zürich, Flössergasse 8. Telephon 37.516

Erscheint wöchentlich

Nachdruck sowie Reproduktion der Bilder nur nach Vereinbarung mit der Redaktion

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE   JEWISH PRESS AGENCY

Offizielles Publikationsorgan der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich

Jahresabonnement: Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.20, Einzelnummer 30 Rp. Ausland Fr. 25.— Office in New York: 1776 Broadway - Postcheck-Konto: VIII 5166 - Telegramme: Presscentra Zürich

Jüdische Wochenschau.

Tschechoslowakei.

Wenn auch durch die Aktion Lord Runcimans in Prag der Ablauf des politischen Geschehens in der Tschechoslowakei eine gewisse Verlangsamung erfahren hat, so wäre es ein durch nichts begründeter Optimismus, die jüdische Situation in der Republik ohne ernste Sorgen zu betrachten. Selbst wenn — wie zu hoffen ist — an den sudetendeutschen Problemen sich kein Weltbrand entzünden und eine Regelung des Konfliktes auf dem Wege der Verständigung erfolgen sollte — ist zu befürchten, daß die Lage der Juden in wesentlichen Punkten eine tiefgreifende Aenderung erfahren wird. Es hat daher eine gewisse Beruhigung ausgelöst, daß im Zuge der Verhandlungen der einzelnen Minderheiten auch die Vertreter der Jüdischen Partei beim Ministerpräsidenten erschienen sind und ihm den Standpunkt ihrer Mandatare dargelegt haben. Die Juden haben in den schweren Monaten, die die Tschechoslowakei seit dem März durchlebt, eine vorbildlich-loyale Haltung eingenommen und es liegt ihnen auch jetzt gewiß fern, etwas zu tun, was die genügend delikate Situation der Regierung noch erschweren könnte. Andererseits muß aber dafür gesorgt werden, daß aus dieser Zurückhaltung nicht eine Verschlechterung der rechtlichen Situation der Juden auf dem Gesamtgebiet des Staates erwächst und daß nicht etwa im Umbau des Staates die Existenz der jüdischen Minderheit vergessen wird, die ja schließlich viermal so groß ist wie die polnische. Die strukturellen Wandlungen werden, selbst bei einer gerechten politischen Lösung, erheblich genug sein. Die Ausgliederung aus dem deutschen Kulturkreise, so erwünscht sie auch erscheint, läßt doch eine Reihe von Problemen entstehen. Soweit es sich um das wichtige Gebiet der Schule handelt, scheint sich zwar eine — wenn auch noch nicht restlos — befriedigende Lösung angebahnt zu haben. Ob der Weg der Gründung von «demokratischen» Bühnen und Orchestern im Gegensatz zu den «völkischen» zweckmäßig ist, kann schon eher zweifelhaft sein. Niemand wird ja wohl den Dirigenten abschaffen wollen, weil er eine Art «Führerprinzip» verkörpert. Man sollte daher solche nicht den Kern der Dinge treffenden Bezeichnnugen vermeiden, und gerade weil es sich sicherlich um eine Verlegenheitslösung handelt, überlegen, ob diese ganze Entwicklung von Dauer sein kann und ob nicht die kulturelle Arbeit inmitten eines national so gemischten Staates ganz grundsätzlich nur im jüdischen Rahmen sich abspielen sollte, so wie es die jüdische Sportbewegung seit Jahren mit vollem Erfolg getan hat. Daß eine solche Abgrenzung nicht etwa Gegensätze schafft, sondern vermeidet, hat das gute freundnachbarliche Verhältnis des Makkabi zum Sokol zur Genüge bewiesen.

Inzwischen benehmen sich die Sudetendeutschen schon fast so, als ob sie die Herren im Hause wären. Die Abwanderung der Juden aus dem Westen der Republik setzt sich daher in verstärktem Umfange fort. Bisher sollen seit dem Frühjahr rund 180 Betriebe ihr Domizil von dort nach andern Teilen des Staates verlegt haben. Waren es anfangs nur verhältnismäßig kleinere Unternehmungen, so sind neuerdings auch große Betriebe von dieser Bewegung erfaßt worden. Die stärkste Wirkung hat aber der Verkauf der Petschekschen Unternehmungen, die ja bekanntlich Tausende von Arbeitern und Angestellten beschäftigen, an tschechische Banken ausgeübt. Das Treiben der sudetendeutschen Beamtenschaft hatte offenbar die Verhältnisse für die Petscheks unerträglich gestaltet und der Uebergang des Verfügungsrechtes über einen gewaltigen Wirtschaftsbezirk in tschechische Hände ist nun die Folge. Aber wirtschaftliches Denken ist ja offenbar recht unzeitgemäß geworden. Man sieht das täglich aufs neue. Der Verband der nordböhmischen Bäder hat sich unlängst der S. D. P. unterstellt, während gleichzeitig gemeldet wird, daß in dem Hauptkurort des Riesengebirges, Spindlermühle, nur 15% der verfügbaren Betten belegt sind. Aber solche Vermögensumschichtungen treffen nicht bloß die Sudetendeutschen, sie sind auch für die jüdischen Unternehmer mit mehr oder weniger schweren Einbußen verbunden. Umso bedauerlicher, wenn die Juden neben den Schäden, die sie infolge der politischen Entwicklung erleiden, sich noch mit Antisemitismus aus anderem Lager herumschlagen müssen.

Die slowakische Autonomistenpartei Hlinkas nimmt in der Judenfrage eine mehr als zweideutige Haltung ein und in Preßburg ist es auch schon zu offenen antijüdischen Ausschreitungen ihrer Studentengruppen gekommen. Weit stärkeres Aufsehen erregte aber ein Artikel der größten tschechischen Zeitung «Narodny Politika», der den Juden eine Reihe scharfer ungerechtfertigter Vorwürfe machte und der allerdings bei ihren eigenen Lesern auf vielfachen Widerspruch stieß. Die Juden, die aus ihrem Empfinden heraus sich um Gerechtigkeit für die Tschechoslowakei bemühen, sollten nicht in ihrem Vertrauen auf Gerechtigkeit ihnen gegenüber wankend gemacht werden. Auch die unfreundliche Haltung, die die Brünner Polizei neuerdings gegenüber Flüchtlingen aus Oesterreich einnimmt,. gehört in dieses Kapitel. «Mit dem Buchstaben des Gesetzes» — schreibt eine Prager Zeitung — «stimmt das Vorgehen der Behörden vielleicht überein, aber stimmt es mit der Menschlichkeit überein?» Es ist zu hoffen, daß die Intervention des Präsidenten Taylor beim Gesandten Jan Masaryk in London diese Haltung abändert, zumal jetzt ein großes Aufnahmelager für Flüchtlinge durch Umbau und Erweiterung eines ehemaligen Altersheims geschaffen wird, dessen Betriebskosten von den privaten Fürsorge-Organisationen getragen werden sollen. Trotz dieser Erschwernisse werden die Juden an ihrer Einstellung festhalten, der die «Selbstwehr» unlängst Ausdruck gab:

«Das Entscheidende ist, daß die Männer, welche diesen Staat regieren, im Antisemitismus kein sittlich erlaubtes Mittel der Massensuggestion oder gar Ziel für die Führung eines Volkes erblicken, sondern einen schweren Rückfall menschlicher Gesittung. Heute, wo in unserer Nachbarschaft die Juden das Recht auf Menschenachtung,

ja sogar der Kreatur verloren haben, wo sie soweit sind, die Tiere zu beneiden, zu deren Schutz vor Quälereien auf der ganzen Welt Tierschutzvereine bestehen — heute kennen die Juden den Wert eines Staates, dessen Führer Humanität und Achtung vor Menschenwürde als die höchsten Ziele menschlichen Zusammenlebens betrachten.»

Rumänien.

Die Situation steht noch immer im Zeichen des katastrophalen Ausgangs der Revision der Staatsbürgerschaften, gegen den die jüdischen Organisationen nachdrücklich ankämpfen. Der Präsident der «Union rumänischer Juden», Dr. Fildermann, aber auch Delegationen aus Transsylvanien und der Bukowina haben in eingehenden Schilderungen die entstandene unhaltbare Lage den zuständigen Ministern dargelegt. Inzwischen sind auch zahlreiche Einzelheiten besonders aufreizender Fälle bekannt geworden. So ist ein Jude ausgebürgert worden, der im Weltkriege in der rumänischen Armee drei mal verwundet war und vier Tapferkeitsauszeichnungen erhielt. Die angekündigte Entscheidung über die Lage der Ausgebürgerten ist bisher noch nicht veröffentlicht. Dafür ist aber eine Teilentscheidung insofern erfolgt, als man sämtlichen Ausgebürgerten zunächst ihre Pensionen gestrichen hat.

In diesen Tagen ist nun in Rumänien das neue Minderheitenstatut erschienen, das eine recht liberale Regelung zu enthalten scheint. Danach ist eine weitgehende Autonomie in religiösen und Erziehungsfragen geschaffen und auch die sprachliche Ordnung ist offenbar rücksichtsvoll. Die Zulassung zu den Staatsämtern ist so geregelt daß alle Verwaltungsstellen den Staatsangehörigen ohne Unterschied ihrer Herkunft, Muttersprache und ihres Bekenntnisses offen stehen. Rumänien hat bekanntlich 7,8% Ungarn, 4,3% Deutsche und 6% Juden. Wenn also, was allerdings von mancher Seite nicht für sicher gehalten wird, die jüdische Minderheit nach diesem Statut behandelt wird, so dürfte — von der Lage der Ausgebürgerten abgesehen — manches von früheren Besorgnissen sich als unbegründet erweisen. Jedenfalls muß zunächst die praktische Handhabung abgewartet werden, wobei nicht verschwiegen werden soll, daß die Wiederzulassung der aufgelösten antisemitischen Cuza-Partei nicht allzu hoffnungsvolle Aussichten eröffnet. Cuza Vater und Sohn sind zum Parteitag in Nürnberg eingeladen und dürften sich später noch stärker als in der Vergangenheit als «nationalsozialistische Grammophonplatten» betätigen. Und das, trotzdem zum Beispiel Palästina ein besonders guter Kunde Rumäniens ist. Hat letzteres doch im Jahre 1937 nur für 120.000 Pfund palästinische Waren gekauft, an Palästina aber für 1,4 Millionen Pfund geliefert.

Polen.

Ein außerordentlich düsteres Bild zeigen die Nachrichten der letzten Wochen. In Tarnopol kam es um einen Fußballkampf zu schweren Straßenexzessen. Auch in Warschau und Lodz sind Ausschreitungen zu verzeichnen, bei denen hauptsächlich jüdische Kinder verprügelt wurden. In Przemysl wurde im Anschluß an Zechstreitigkeiten ein jüdischer Kiosk verbrannt und 12 jüdische Passanten so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten. In Sokol wurde ein 69jähriger Jude ermordet und in Krakau hat ein jüdischer Hauptmann der Reserve Selbstmord verübt weil ihm die Beleidigungen antisemitischer Offizierskameraden das Leben verbittert haben. Offenbar ist das ein Teil der geistigen Wehrerziehung in Polen. Es ist sicher glaubhaft, daß die polnische Regierung diesen rohen Terror nicht angenehm empfindet. Schließlich ist es ja auch eine etwas mißtönende Begleitmusik zu den polnischen Klagen über die «Unterdrückung» der polnischen Minderheiten in der Tschechslowakei, die durch die polnische Judenpolitik in ihrer Unaufrichtigkeit bloßgestellt wird. Wenn man wirklich eine gerechte Minderheitenpolitik betreiben wollte, dann dürfte man nicht bloß zwei antisemitische Broschüren aus Leipzig beschlagnahmen, sondern man müßte vor allem die dauernde Unterminierung der jüdischen Existenz von oben her abstellen. Jetzt ist wieder das Kontingent für Koscher-Schlachtung um 25% gesenkt worden, was nicht bloß die Ernährungsschwierigkeiten steigert, sondern auch eine weitere finanzielle Schwächung der jüdischen Gemeinden bedeutet. Der Vernichtungswille in seiner unsympathischsten, weil materiell bedingten Form äußert sich in einer Kundgebung polnischer Wirtschaftsverbände in Brest-Litowsk, die nicht weniger fordern, als Liquidierung der mit dem Geld des amerikanischen Joint gegründeten Darlehenskassen und der jüdischen wirtschaftlichen Selbsthilfekomitees sowie den Entzug aller Konzessionen. —

Die antijüdische Boykottbewegung wird immer mehr systematisiert. Eine Reihe von polnischen Verbänden hat beschlossen, durch Besteuerung christlicher Ladeninhaber einen Boykottfonds zu schaffen. Und dabei zeigen Einzelbeispiele, wie weit der Proletarisierungsprozeß der polnischen Juden, die nach einem soeben erschienenen statistischen Jahrbuch am 1. Juli 1937 rund 3,320,000 Seelen zählten, schon fortgeschritten ist. In Bielitz-Biala gab es früher jüdische Arbeiter überhaupt nicht, sondern nur einen gut situierten jüdischen Mittelstand. Heute gibt es in den dortigen Textilfabriken mehr als 500 jüdische Arbeiter, darunter zahlreiche frühere Studenten. Der Wunsch nach Auswanderung steigt daher, soweit eine solche Steigerung noch möglich ist. Der Advokat Rypel, dessen geplanter «Marsch nach Palästina» im Vorjahr von der Polizei verhindert wurde, kündigt für Ende August einen zweiten Marsch mit mehreren tausend jüdischen Jugendlichen an. Er behauptet, daß er diesmal Erfolg haben wird, da ihm die erforderlichen Durchmarschvisa in Aussicht gestellt seien. Inzwischen ist Jabotinsky, der der Mutter des hingerichteten Ben Joseph in Luzk einen Besuch abgestattet hat, mehrmals im polnischen Außenministerium, insbesondere auch von Außenminister Beck, zu einer eingehenden Besprechung empfangen worden. Ueber den Inhalt dieser Besprechungen wurde ein Bericht nicht ausgegeben.

Ungarn.

Die Regierung arbeitet mit Hochdruck, um die durch das Judengesetz getroffene Regelung auf den verschiedenen Gebieten in die Praxis zu überführen. Dabei scheint es nicht ohne gewisse Schwierigkeiten abzugehen. Insbesondere zeigt es sich, daß für die Tausende von Handelsangestellten die aus ihren Stellungen ausscheiden müssen, Ersatz durch geeignete nichtjüdische Bewerber zur Zeit nicht vorhanden ist. Man hat daher regierungsseitig Umschulungskurse für kaufmännische Stellungen eingerichtet, deren Teilnehmer während der mehrmonatlichen Dauer eine Geldunterstützung erhalten. Trotzdem soll nur eine ungenügende Zahl von Anwärtern vorhanden sein. Auch das Schächtverbot hat sich ja als ein zweischneidiges Schwert erwiesen. Der Ackerbauminister empfing eine große Abordnung christlicher Landwirte, die um Aufhebung

des Schächtverbotes ersuchten, das zu einem starken Rückgang des Fleischkonsums und zu einer empfindlichen Senkung der Rindfleischpreise geführt habe. Aber man soll sich nicht darüber täuschen, daß die Entwicklung ihren Höhepunkt noch nicht überschritten hat. Jetzt ist der Präsident der größten und wichtigsten ungarischen Bank, der Pester Ungarischen Kommerzialbank, Philipp Weiß, von seinem Posten zurückgetreten und der «Pester Lloyd» widmet diesem Ereignis einen Leitartikel, in dem er die glänzenden Fähigkeiten des Ausscheidenden und seine historischen Verdienste um die Entwicklung des ihm anvertrauten Unternehmens und die ungarische Wirtschaft gebührend gewürdigt. Nur wäre es besser gewesen, die Motivierung dieses Regimewechsels mit hohem Alter zu unterlassen, da niemand dadurch getäuscht werden kann. Denn gleichzeitig mit Weiß scheidet der Generaldirektor der Bank, Dr. Stein, von seinem Posten, ein «Virtuose des Bankfachs», der sehr viel jünger ist. Bei ihm ist es also zweifellos nicht Ruhebedürfnis, zumal ausdrücklich festgestellt wird, daß seine Arbeitskraft und Erfahrung auch weiterhin — wenn auch an anderer Stelle — der Bank zugute kommen werde. Juden im heutigen Ungarn dürfen eben eine Großbank nicht leiten, auch wenn sie selbst deren Schöpfer sind. Und nichts ist so bezeichnend für die Situation, als der Fall des über 70jährigen Landarztes in dem ungarischen Städtchen Eger, der nach fünfzigjähriger ehrenvoller Berufstätigkeit mit Frau und Tochter in den Freitod gegangen ist. Bezeichnend in doppeltem Sinne, nämlich als tragischer Vorgang an sich, nicht minder aber auch durch seine jorunalistische Behandlung. Die erwähnte Zeitung bringt den Fall nämlich, ausführlich psychologisch begründet, an der Stelle die sonst für hochpolitische Betrachtungen reserviert ist, nämlich als Leitartikel, obwohl das Politische nur ganz nebenbei in einem Gedanken des alten Arztes gestreift wird:

«Denn arm zu sein, ist nicht das Schlimmste, wir waren gewöhnt an Armut und an Glück des Geistigen. Schlimm ist, entrechtet zu sein, ausgestoßen und gedemütigt Tag für Tag. Schlimm ist, wenn in der Seele die Wunde der Anklage brennt «Du gehörst nicht zur Gemeinschaft». Ich gehörte zur Gemeinschaft, ich vertrage es nicht, ausgestoßen zu werden. Ich bin arm und alt, was ist weiter dran? Aber die Zukunft meiner Tochter habe ich mir anders geträumt. Nun hat auch sie keinen Platz mehr in der Welt. Das war früher doch nicht so. Ich verstehe diese Welt nicht mehr.»

Ganz unpolitisch — und spricht doch Bände über ungarische Politik von heute. Und morgen? Der angesehene Berichterstatter der «Times», Douglas Reed, schreibt dazu,

«daß das Gefühl der Unsicherheit, das in den letzten Jahren vor dem Anschluß in Wien geherrscht hat, sich jetzt nach Prag und Budapest weiterverbreitet hat. Der Nazismus gewinnt unter den magyarischen Bauern an Boden mit drei Hauptschlagern: Revision der Grenzen, Antisemitismus, Bodenreform. Die Nationalsozialisten versprechen den landhungrigen Pächtern die Aufteilung der Latifundien, den postenlosen Kleinbürgersöhnen die Geschäfte und Stellen der Juden, den Patrioten die Rückgabe der abgetrennten Gebiete. Sie vergleichen die Epoche des gegenwärtigen Regierungschefs Imredy mit dem Uebergangsregime Brünings, Papens und Schuschniggs.»

Umso weniger verstehen wir die Briefkasten-Notiz im «Pester Lloyd»:

«**Ständiger Leser.** Wir glauben, daß Sie im Irrtum sind. Es würde unserer Ansicht nach der ungarischen Judenheit in keiner Weise nützen und auch ihre Lage nicht erleichtern, wenn sie sich zu einer nationalen Minderheit erklären würde.»

Wahrscheinlich würde es ihre Lage nicht erleichtern, aber wäre es nicht logischer und vor allem würdiger?

Palästina.

Ganz unerwartet ist am Samstag der englische Kolonialminister in Palästina eingetroffen. Wie es heißt, soll diese plötzliche Flugreise einer langen Aussprache mit dem englischen Premierminister über die gespannte Lage in Palästina gefolgt sein. Minister MacDonald hat eingehende Gespräche mit dem Oberkommissär, dem Befehlshaber der britischen Truppen und den Polizeichefs gehabt und er hat es sogar sich nicht nehmen lassen, die am 9. Aw an der Klagemauer betenden Juden, unter denen sich Ussischkin befand, zu besuchen. Ueber den positiven Inhalt seiner Unterhaltungen wird nichts mitgeteilt; man beschränkt sich vielmehr auf die Versicherung, diese Reise sei nicht der Beginn einer neuen englischen Palästina-Politik. Das wäre an sich sehr bedauerlich, denn der Ersatz der seit Monaten herrschenden Anarchie durch eine Autorität fordernde und erzwingende Regierungspolitik ist allmählich geradezu eine Frage von Sein oder Nichtsein geworden. Man geht wohl nicht allzu fehl, wenn man annimmt, daß gewisse Besorgnisse, die in dem die Abreise der Teilungskommission behandelnden Artikel der «Times» vom 3. August zum Ausdruck kamen, auch das Motiv für die Ministerreise bildeten. Der Aufsatz weist sehr nachdrücklich darauf hin, daß die Hawlagah (Selbstbeherrschung) zusammenzubrechen droht, da das Vertrauen zu ihr erschüttert sei. Die Araber hätten durch Gewalttätigkeit die Aufmerksamkeit gewonnen und die Juden fürchteten als Ergebnis der jetzigen Kampagne sogar eine Verschlechterung des Peel-Planes. Viele glaubten, daß die englische Macht den Terror leicht hätte liquidieren können, wenn sie nur gewollt hätte. Großbritannien hätte — so meinten sie — immer seine Freunde im Stich gelassen, zum Beispiel Armenier und Assyrier.

Die Feindseligkeit gegen England sei im Wachsen und die Hinrichtung Ben Josephs eine ausgesprochene Krisis gewesen. In einem zweiten Artikel behandelt das Blatt sehr objektiv die Frage der Urheberschaft der verschiedenen Terrorakte, die Möglichkeit, daß es sich um das Werk arabischer Agenten handelt, durchaus offen lassend, und bedauert, daß die Befürchtungen eines weiteren Abbröckelns der Disziplin in absehbarer Zeit an Gewicht nicht verlieren werden. Vorsichtig, aber unverkennbar macht sie die unklare und überaus zögernde Politik der Regierung für diese Entwicklung verantwortlich und sie fordert weiter Einschreiten der französischen Regierung gegen die Unruhestifter in Syrien. Besonders eindrucksvoll ist ihr Hinweis auf die Ungefährlichkeit des islamitischen (gemeint ist offenbar: panarabischen) Fanatismus, nachdem sich die arabischen Nationalisten der vollendeten Tatsache in der Frage des Sandschak-Alexandrette widerstandslos unterworfen hätten. Aus einer wirklichen Prüfung aller dieser Probleme an Ort und Stelle durch eine aktive Persönlichkeit wie Minister MacDonald hätte in der Tat mancherlei Nützliches hervorgehen können. Wir fürchten nur, daß die Kürze des Besuchs und die Einseitigkeit der Informationen ein wirkliches Erkennen

der Hintergründe kaum erleichtert haben: Waffen und Geld vom Ausland, die Sabotage gewisser englischer Beamten, die unzureichende Offensive gegen den Aufstand, die Provokationen des Jischuw durch Administrativ-Strafen bis zu zwölf Monaten gegen Menschen, die nichts Verbotenes getan haben, die falsche Behandlung der Juden durch Mißgriffe wie die beabsichtigte Bestellung eines arabischen Bürgermeisters von Jerusalem. Jedenfalls hat der Besuch insofern eine Auswirkung gehabt, als der bisher wegen seiner Schweigsamkeit und Unsichtbarkeit sprichwörtlich gewordene Oberkommissar sich mit einer Rundfunkrede an die Bevölkerung gewandt hat, ohne jedoch über ein paar wenig besagende Redewendungen hinauszukommen. Die Terrorakte sind jedenfalls nicht beeinflußt worden und auch nach dem Ministerbesuch ist schon wieder Blut geflossen. Es muß immer wieder betont werden: Solange die Araber mit ihrem Terror erreichen, daß die Einwanderung fast hundertprozentig gedrosselt wird, ist dies geradezu eine Aufforderung an sie, auf dem Wege der Gewalt zu verharren. Die Palästina-Regierung hat nur eine Möglichkeit, sich von erheblicher Mitschuld zu befreien — sie muß die Tore Palästinas öffnen. Spectator.

Belagerungszustand in Palästina?

London. J. T. Der «Daily Herald» sieht den Grund für die Ministerreise nach Palästina in der Forderung der Palästinaregierung nach sofortiger Verhängung des Belagerungszustandes in ganz Palästina. Minister MacDonald soll sich dieser Forderung angeschlossen und den Premierminister um sofortige Entscheidung ersucht haben.

Chaim Kendel vom Militärgericht freigesprochen.

Jerusalem. (J.T.A.) Das Militärgericht in Jerusalem hat den jüdischen Arbeiter Chaim Kendel aus Kirjat Motzkin, der am 8. Juli wegen unerlaubten Besitzes eines Revolvers verhaftet worden war, freigesprochen. Im Verlauf des Prozesses, der am 4. August begann, sagte Kendel aus, der Revolver sei unter den Sitz des Autobusses, in welchem er fuhr gespielt worden.

Ministerpräsident Metaxas an die Juden Griechenlands.

Saloniki. (J.T.A.) Vor seiner Rückreise nach Athen empfing Ministerpräsident General Metaxas den Oberrabbiner Dr. Koretz und den Präsidenten der Jüdischen Gemeinde Saloniki, Gattegno. Der Oberrabbiner beglückwünschte den Ministerpräsidenten namens der jüdischen Bevölkerung der Stadt aus Anlaß der Unterzeichnung des Paktes zwischen der Balkan-Entente und Bulgarien. In seiner Erwiderungs-Ansprache sagte General Metaxas, die jüdische Gemeinschaft möge wissen, daß sie stets auf ihn bauen könne; die Judenheit werde sich immer des Schutzes durch die Regierung erfreuen können.

Die jüdischen Frontkämpfer und Ford.

Detroit. Die Vereinigung jüdischer Frontkämpfer Amerikas wandte sich in einem Telegramm an Henry Ford und ersuchte ihn dringend, das ihm von Adolf Hitler am 30. Juli ansäßlich seines 75. Geburtstages verliehene Großkreuz des Ordens vom deutschen Adler zurückzuweisen. Wie in jedem Jahre, hatte Ford auch heute der Vereinigung 75 Automobile für das in Kürze stattfindende Jahrestreffen der amerikanischen Frontkämpfer zur Verfügung gestellt. In einem Schreiben an Edsel Ford erklären die jüdischen Frontkämpfer, sie würden das Angebot ablehnen, falls Henry Ford nicht auf ihre Forderung eingehen würde.

Synagoge in Nürnberg wird abgerissen.

(J.T.A.) Die Nürnberger Stadtverordnetenversammlung hat vor einiger Zeit den Beschluß gefaßt, die Große Synagoge sowie das Verwaltungsgebäude des Jüdischen Kulturbundes abzureißen. Bürgermeister Liebel hat erklärt: «Die in einem der schönsten Stadtteile des alten Nürnbergs gelegene Synagoge stellt einen der abscheulichsten Schäden dar, die uns das vergangene Jahrhundert hinterlassen hat. Ich kann Ihnen heute die glückliche und für die Stadt historisch bedeutsame Tatsache mitteilen, daß der Abriß der Synagoge in einer Woche beginnt und daß er zum Parteitag im September 1938 im wesentlichen beendet sein wird.»

«Tempel der Religionen» auf der Weltausstellung in New York.

In New York fand unlängst in den Räumen der «Ohab Zedek»-Gemeinde unter Vorsitz von Rabbiner Dr. Jakob Hoffmann eine Sitzung der «Union of Orthodox Jewish Congregrations» und des Kantorenverbandes statt. Sie beschloß, den 150. Jahrestag der Verfassung der U.S.A. durch eine große Veranstaltung im Madison Square Garden im November zu begehen und deren Erlös für die Errichtung des «Temple of Religion» auf der New Yorker Weltausstellung zu verwenden. Einer der eifrigsten Förderer dieser Sache, der bekannte Sozialworker Morris Engelman, erhielt von dem Leiter der Verfassungsfeierlichkeiten, dem bekannten Abgeordneten Sol. Bloom, ein herzlich gehaltenes Schreiben, in dem dieser der Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß diese jüdische Feier in nichts hinter den vielen anderen zurückstehen wird, und den patriotischen Geist, von dem Engelman und die anderen Mitglieder des Komitees beseelt sind, rühmt.

Zionistische Föderation in Brasilien aufgelöst.

Rio de Janeiro. (J.T.A.) Der brasilianische Justizminister Campos hat auf Grund des «Gesetzes über das Verbot ausländischer Organisationen» durch Erlaß die Auflösung der Zionistischen Föderation in Brasilien verfügt. Gleichzeitig wurde die Schließung des zionistischen Zentrums verfügt.

Um die Rettung von Hunderttausenden.

London. J. T. Wie wir bereits meldeten, ist die Intergouvernementale Konferenz nur von kurzer Dauer gewesen. Sie ging schon am Donnerstag zu Ende. Ihre Aufgabe, den Mechanismus für die eigentliche Arbeit zu schaffen, hat sie gelöst und ihren Präsidenten Lord Winterton ermächtigt, die Konferenz bei Bedarf — voraussichtlich im Herbst — wieder zusammentreten zu lassen. Die Fragen der Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingskommissar des Völkerbundes, mit dem Internationalen Arbeitsamt und mit den privaten Organisationen wurden geregelt. Die Konferenz war sich der Notwendigkeit, rasch positive Arbeit zu leisten, offenbar vollkommen bewußt, was namentlich in den Schlußreden von Myron C. Taylor und Lord Winterton zum Ausdruck kam. Ersterer soll in der geschlossenen Sitzung als die Ansicht der amerikanischen Regierung dargelegt haben, daß in den nächsten fünf bis sechs Jahren 5—600.000 Menschen durch organisierte Auswanderung aus Großdeutschland «gerettet» werden müssen. Die wichtigste Funktion des Permanenten Büros werde es sein, Deutschland zu drängen, den Flüchtlingen die Mitnahme ihres Kapitals zu gestatten. Auch sollten die Einwanderungsländer eigene Mittel zur Ansiedlung von Flüchtlingen zur Verfügung stellen. Lord Winterton richtete im Namen der englischen Regierung einen Appell an die vertretenen Regierungen, ihr Aeußerstes zu tun, um dem Büro die Durchführung seiner Pläne zu ermöglichen. Es scheint also, als ob die führenden Männer sich des Ernstes der Situation bewußt sind. Hierzu sollen insbesondere die alarmierenden Meldungen aus Deutschland, wie die Austreibung mehrerer tausend Juden aus einigen Gebieten Oesterreichs und die Brotlosmachung mehrerer tausend Aerzte durch ihren erschütternden Eindruck beigetragen haben. Man kann nur hoffen, daß die in einem Teil der Presse enthaltenen Hinweise, daß auf diese Weise die als «Erpressungspolitik» bezeichnete deutsche Taktik den gewünschten Erfolg erziele und daß Vorschläge wie der, Deutschland durch Exporterleichterungen zur Freigabe von Flüchtlingsbesitz zu veranlassen, geradezu eine Prämie für seine unmenschliche Haltung bildeten, unwirksam bleiben. So berechtigt diese Einwendungen auch sein mögen, so sollte doch durch grundsätzliche Auseinandersetzungen die Durchführung dieses Werkes nicht einmal verzögert, geschweige denn in Frage gestellt werden, von dem in vollster Bedeutung des Wortes die «Rettung» einiger Hunderttausender Menschen abhängt. Daß die U.S.A. und England in dieser Auffassung offenbar einig sind und alle Gerüchte über Differenzen energisch dementiert werden, ist immerhin beruhigend. Bis jetzt ist die praktische Auswirkung der Hilfsbereitschaft jedenfalls noch nicht zu spüren. Argentinien hat zunächst einmal neue erschwerende Einreisebestimmungen erlassen. Griechenland hat sogar für Besuchsreisen und Durchreisen seine Grenzen geschlossen. In Luxemburg warnt die jüdische Hilfsgesellschaft «Esra» ausdrücklich vor Einreisen und Holland hat seine unmenschliche Flüchtlingsbehandlung, zu der es sich in den letzten Monaten entschlossen hatte, noch nicht gemildert. Da hierbei einige Menschen ums Leben kamen, teils durch Selbstmorde im Gefängnis, teils durch Erschießen auf deutschem Boden nach Abschiebung an die deutsche Grenze, ist es zu einer Interpellation in der holländischen Kammer gekommen. Noch deprimierender sind die Nachrichten aus den Gebieten des britischen Empire, die als Aufnahmegebiete in Betracht kommen. 600 Medizinstudenten in Melburne protestieren gegen Einwanderung von Aerzten nach Australien. Führende australische Zeitungen malen die «Gefahr einer Ueberschwemmung mit Fremdnationalen» an die Wand. Der Ministerpräsident von Süd-Rhodesien, Huggins, wendet sich gegen die Einwanderung von 500 Flüchtlingen in Nord-Rhodesien, die ein unerwünschtes Minoritätenproblem schaffen würde. (Es gibt dort 11.000 Weiße und eine Million Eingeborene.) Auch die Antisemiten in Südafrika haben sich bereits gemeldet. Es wird also erheblicher Anstrengungen bedürfen, um diesen engherzigen Tendenzen gegenüber den Weg für die rettende Tat freizumachen.

Von den wenigen erfreulichen Meldungen, die vorliegen, ist die Debatte in den Parlamenten Chiles zu erwähnen. Ein Senator hatte unter Hervorhebung des Umstandes, daß er kein Antisemit sei, die zu einseitige berufliche Schichtung der Einwanderer getadelt. Demgegenüber haben eine Reihe von Abgeordneten die Beseitigung der Hindernisse für einwandernde Juden gefordert und ihrer Ueberzeugung von deren Nützlichkeit für das Land Ausdruck gegeben. Auch die maßgebliche Presse nimmt hierzu in freundlichem Sinne Stellung. Nicht uninteressant ist nebenbei, daß die Radio-Station Santiagos jetzt zweimal wöchentlich eine «hebräische Stunde» im Programm hat.

Portugal und die jüdische Einwanderung.

Lissabon. (J.T.A.) In einem Kommentar über die Arbeit des Interstaatlichen Komitees in London erklärt die führende konservative Zeitung «A Voz»: Wir können keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen. Wir sind den Juden die in unserer Mitte leben, nicht feindlich gesinnt, aber wir wollen nicht, daß ihre Zahl vermehrt werde.

Siedlungsgesellschaft für Kenya. In London wurde eine Siedlungsgesellschaft für Kenya gebildet; 15.000 Pfund wurden für dieselbe bereits gezeichnet. Es sollen zunächst 25 junge deutsche Juden bei Landwirten in Kenya für ein Jahr zur Ausbildung untergebracht werden, sodann sollen sechs große jüdische Farmen entstehen. (J.T.A.)

Voraussetzungslose Wissenschaft gegen Pseudo-Rassismus.

Palästina die Urheimat der europäischen Rasse.

Zu einer recht peinlichen Situation gestaltete sich der in der Vorwoche in Kopenhagen abgehaltene Internationale Kongreß für anthropologische und ethnologische Wissenschaften, auf dem den deutschen Vertretern die Aufgabe zufiel, vor den versammelten 600 Wissenschaftlern aus aller Welt den deutschen Rassenmythos gegen die wissenschaftliche Erkenntnis zu verteidigen. Der schwedische Anthropologe Dr. Rolf Nordenstreng aus Upsala unterzog die «von gewisser Seite aufgestellten Behauptungen», als ob es eine «reine Rasse» bezw. «höhere und niedere Rassen» gebe, einer scharfen Kritik und wies auf Grund seiner Untersuchungen nach, daß die Menschheit seit uralten Zeiten durch Mischung und Kreuzung «ein so enormes Syngameon geworden ist, daß man zwischen den einzelnen Sub-Typen keine genauen Unterschiede mehr machen könne, diese vielmehr eher als «Species», denn als «Rassen» bezeichnen müsse». Die Idee der «Rasse» sei nur eine Hilfskonstruktion, basiert auf dem wirklichen Vorhandensein besonderer vererblicher Typen. Diesen Ausführungen widersprach der deutsche Rassentheoretiker Prof. Eugen Fischer, der erklärte, es gebe zwar nicht «reine Rassen», doch seien verschiedene Rassenkreuzungen festzustellen, in welchen sich die Rassenmerkmale genau verfolgen lassen. In scharfer Weise reagierten auf diese Ausführungen insbesondere die Amerikaner und die Engländer. Prof. Herskovits aus Illinois U.S.A., nannte die Behauptung vom Vorhandensein «reiner Rassen» ein «Phantasiegebilde.

Es sollte aber noch viel schlimmer kommen. Ueber die Klassifizierung der vorgeschichtlichen Menschenfunde sprach der früher in Straßburg, Heidelberg und Frankfurt a. M., seit 1933 aber in Peiping tätige deutsche Professor Dr. Franz Weidenreich, dessen Vortrag einen der Höhepunkte dieses Kongresses bildete. Er sprach englisch und leistete der Aufforderung, seine Rede ins Deutsche zu übersetzen, ostentativ keine Folge. Nur die vergleichende Anatomie verschaffe die notwendige Aufklärung über die Uranfänge der menschlichen Entwicklung. An Hand eines nahezu lückenlosen wissenschaftlichen Materials bezeichnete er die Annahme daß das Menschengeschlecht an einem zeitlich und räumlich begrenzten Punkt der Erde entstanden sei als irrig; es gebe mindestens vier Evolutionszentren. Und nun kam etwas, was die Fassungskraft gleichgeschalteter deutscher «Wissenschaftler» offenbar überstieg trotz Härte, heroischer Haltung und befohlener Ueberzeugung.

Was das Evolutionszentrum des europäischen Menschen anbetrifft, so muß man auf Grund der Forschungsresultate von Sir Arthur Keith und McCown annehmen, daß sich der Ursprung der europäischen Rasse in den paläolytischen Höhlen auf dem Berge Karmel in Palästina befunden hat, stellte Prof. Dr Weidenreich fest.

Der Gedanke, daß ihre arischen Urahnen aus Palästina stammen könnten — das war zuviel für sie. Sie verließen demonstrativ den Saal, was ja wohl kein geeignetes Mittel zur Widerlegung wissenschaftlicher Erkenntnisse ist. Was aber werden nun die Schöpfer der soeben geborenen italienischen Rassenlehre sagen?

Ben Adam.

Italiens Rassismus.

Die «Informazione Diplomatica» veröffentlicht einen Artikel von anscheinend höchster Stelle, der die neue Rassenpolitik erläutert. Der Artikel weist auf die Notwendigkeit einer rassischen Politik angesichts des großen Kolonialreiches Italiens hin und leugnet das Bestehen eines Verfolgungsplans gegen die Juden. Diskriminierung bedeute nicht Verfolgung. Die Diskriminierung also wird jedenfalls nicht geleugnet. Die Begrenzung der Juden im öffentlichen Leben auf das Verhältnis ihrer Zahl zur Gesamtbevölkerung sei gerecht.

Dazu geben wir einige Meldungen:

In Rom ist die erste Nummer der neuen Revue «Rassenschutz» erschienen, welche den Rassismus popularisieren soll. Nach dem Bericht der ITA enthält die Nummer in Ton und Inhalt zahlreiche geistige Anleihen beim «Stürmer».

In Rom wurde eine Generaldirektion für Bevölkerung- und Rassenpolitik errichtet. Für diese Zwecke wurde ein Kredit von zehn Millionen Lire ausgesetzt.

Ausländische Juden sind vom Besuch der Hochschulen ausgeschlossen worden. «Popolo d' Italia» fordert Entfernung der jüdischen Hochschullehrer.

Im «Regime Fascista» fordert Prof. Pennisi ein Mischehenverbot zwischen Italienern und Juden, sowie Aberkennung der Staatsbürgerschaft für Nichtarier.

Dagegen meldet «Paris-Soir»: «Gegenüber Pressedarstellungen wird in gut informierten Kreisen auf die Haltung des Königs hingewiesen, der sich stets durch eine klare Opposition gegenüber allem Antisemitismus ausgezeichnet habe. Der König soll vor kurzem den Oberrabbiner von Rom, Prato, empfangen und ihm erklärt haben: «Seien Sie nicht beunruhigt über diese Kampagne. Die Juden werden in Italien nicht verfolgt werden.»»

Aufklärungsbedürftige Vorgänge.

Triest. Seit einigen Tagen gehen uns mündlich und schriftlich bitterste Klagen aus Oesterreich geflüchteter polnischer Staatsbürger zu, die die Verhältnisse beim polnischen Konsulat in Triest behandeln. Danach soll der dortige «allmächtige» Konsulatssekretär, zwar selber nicht polnischer Bürger, dafür aber, wie uns mitgeteilt wird, als Antisemit bekannt, eine geradezu sadistische Methode anwenden, um jüdische Emigranten zu quälen. Unter dem Vorwand einer Nachprüfung der Staatsbürgerschaft werden zahlreichen Juden die Pässe entzogen, wodurch sie ihr Aufenthaltsrecht und jede Bewegungsmöglichkeit verlieren. Der Rat, den man ihnen dann gibt, lautet: Weiterreise. Aber wie macht man das ohne Paß? Polnischen Bürgern, die ihn auf das Unhaltbare der von ihm geschaffenen Situation hinweisen, antwortet er: «Was kann schon passieren, mehr als sterben kann man nicht.» Für sich selbst scheint er aber diesen Grundsatz nicht zu akzeptieren, denn seit einigen Tagen läßt er sich durch zwei italienische Polizisten bewachen. — Es wäre wünschenswert, daß das polnische Außenministerium von diesen Verhältnissen Kenntnis erhält und dieser sinnlosen Menschenquälerei ein Ende bereitet wird.

— in —.

Die Freiland-Liga für jüdische territorialistische Kolonisation.

Von Dr. J. STEINBERG, London.

Die «Freeland-Liga für Jüdische Territorialistische Kolonisation» wurde vor etwa drei Jahren während einer Konferenz in London begründet. Die Liga ist das bindende Glied von gleichgestimmten Organisationen in verschiedenen Ländern, die unabhängig voneinander durch die Nöte der Zeit entstanden. Solche Gruppen existieren in Polen, Holland, England und Frankreich. In Paris befindet sich das Zentralbüro der Bewegung, und es war auch dieses Büro, mit dem der französische Kolonialminister M. Moutet seinerzeit Verhandlungen über Kolonisationsmöglichkeiten in den französischen Kolonien führte. Aber seit ungefähr einem Jahre wurde die Haupttätigkeit der Liga nach London verlegt. Der Londoner Gruppe ist es gelungen, einen bedeutenden Teil des englischen Judentums für ihren Plan zu gewinnen. Es arbeitet auch eine Studienkommission, die hauptsächlich innerhalb des Britischen Imperiums liegende und in Frage kommende Länder in bezug auf großangelegte Kolonisation untersucht.

Die Londoner Gruppe hat, im Namen der ganzen «Freiland-Liga» eine Delegation zu der Flüchtlingskonferenz nach Evian entsandt, die aus ihrem Vorsitzenden, Mr. L. Keßler und ihrem Sekretär Dr. J. N. Steinberg, bestand. Das Memorandum war unterschrieben von den zwei oben geannten Herren und dem Ehrenpräsidenten, Sir Charles D. Seligman. Es wurde allen Delegationen, die an der Konferenz teilnahmen, unterbreitet und dann vor der Subkommission von Dr. J. N. Steinberg verteidigt.

Das Memorandum erklärt, «daß die heutigen Verfolgungen der Juden in Deutschland und Oesterreich von denen früherer Jahrhunderte sich unterscheiden, weil es den jetzt gefährdeten Opfern unmöglich geworden ist, sich auf irgendeine Weise Verfolgungen zu entziehen. Die Judenverfolgung, die einen wichtigen Faktor der nationalsozialistischen Politik bildet, schuf Massen von Flüchtlingen. Durch seine eigene Gesetzgebung, ohne sich um die Interessen anderer Länder zu kümmern, hat Deutschland hunderttausende seiner jüdischen und sogenannter Nicht-arischer Bürger ihrer Zivilrechte und ihres Eigentums beraubt und hat sie gezwungen, ihr Heimatland zu verlassen. Befürchtungen sind berechtigt, daß auch andere Länder sich dieser Mittel bedienen werden in dem Glauben, dadurch ihre eigenen Probleme zu lösen . . .

Es ist unnötig, weiter auf die unbeschreiblichen Leiden und Erniedrigungen, die diese persönlich unschuldigen Menschen zu ertragen haben, einzugehen . . .

Das Flüchtlingsproblem ist ein internationales geworden, das nur durch die Internationale Kooperation aller Staaten gelöst werden kann . . .

Aber dazu ist es absolut notwendig, daß ein weitsichtiger und groß angelegter Plan ausgearbeitet wird, der den aktuellen und potentiellen Flüchtlingen eine Richtung in ihren Wanderungen gibt . . .

Die Zionistische Bewegung und die jüdischen philantropischen Organisationen haben viele Tausende von Flüchtlingen in Palästina oder anderen Ländern eingeordnet. Aber in den letzten Monaten ist es klar geworden, daß die Zionistische Bewegung (infolge der ökonomischen und politischen Beschränkungen Palästinas) und die philantropischen Gesellschaften (deren Mittel nicht unerschöpflich sind) das Problem der jüdischen Flüchtlinge radikal und vollkommen nicht lösen können. Es genügt, daran zu erinnern, daß der natürliche Zuwachs der jüdischen Bevölkerung in Polen allein ungefähr 40,000 im Jahr ist.

Aus dieser Erkenntnis heraus proklamiert die «Freiland-Liga», daß es für die zufriedenstellende Lösung des Problems notwendig ist, *ein zweites großes Territorium für konzentrierte Siedlung* zu finden. Damit ein solcher Plan von Erfolg gekrönt sei, müssen folgende Prinzipien beachtet werden:

1. Die Fläche muß weit genug sein, um eine groß angelegte Kolonisation und eine zukünftige Expansion zu ermöglichen.

2. Die Fläche muß anderweitig unbevölkert oder schwach besiedelt sein, um die Konkurrenz mit der eingesessenen Bevölkerung zu vermeiden.

3. Es muß betont werden, daß die Bewegung keinerlei politische Aspirationen hat. Die Siedlung würde sich als Teil des empfangenden Staates betrachten, und die Siedler würden seine Bürger werden.

4. Die Siedlung muß so planiert werden, daß sie die Lebensbedingungen eines gemeinschaftlichen Lebens auf den Grundlagen der Landwirtschaft, des Handwerks und der Industrie schafft.

6. Die Mittel der Kolonisation müssen durch eine finanzielle Institution auf einer Geschäftsbasis geschaffen werden. Zweifellos werden jüdische Gemeinden bereit sein, die notwendigen Summen beizusteuern; aber um den Erfolg des Unternehmens zu sichern, müßte man eine international garantierte Anleihe oder finanzielle Hilfe in einer andern anerkannten Form erlangen.

Die praktische Durchführbarkeit eines solchen Schemas ist ebenso klar wie seine Notwendigkeit. Es gibt genug gelernte Arbeiter und Landwirtschaftler im jüdischen Volk, die bereit sind, Pionierarbeit zu leisten. Und neue Massen würden sich dazu vorbereiten, wenn nur die Möglichkeit einer solchen Siedlung, in der sie sicher und friedlich leben und arbeiten dürften, in Sicht käme.

Es ist auch sicher vorauszusehen, daß eine solche Siedlung Vorteile für das Empfangsland bedeuten würde. Unbenutzte Flächen würden bebaut werden und die neuen Siedler würden zweifellos zu dem allgemeinen ökonomischen und kulturellen Leben des Landes beitragen.

Die «Freiland - Liga» ist nicht blind gegenüber den vielen Schwierigkeiten, die sich einem solchen Plane entgegenstellen würden . . .

Aber große menschliche Nöte verlangen immer große Lösungen . . . Und eine Lösung wird auch heute gefunden werden, wenn die Delegationen der Länder genug Vision und staatsmännische Kraft zeigen. Die Juden erwarten von den anderen Völkern, daß sie erstens ihre Menschenrechte in ihren Heimatländern verteidigen, und — zweitens — einen qualvollen Prozeß der Emigration in einen fruchtbaren und konstruktiven verwandeln, zum Wohle der Judenheit und der Menschheit als Ganzem.



Oesterreichische Juden in Palästina.

Trotzdem in letzter Zeit große Probleme den Jischuw Palästinas beunruhigen und fast in einen Dauerzustand der Erregung gebracht haben, ist die Diskussion, ob eine Vereinigung der beiden Landesmannschaften Hitachduth Olej Austria mit Hitachduth Olej Germania notwendig erscheint, doch noch immer interessantes Thema geblieben.

Eine verantwortliche Gruppe von österreichischen Juden, die seit Jahren im hiesigen Arbeitsprozeß eingeordnet ist aber deswegen noch lange nicht den Kontakt mit dem österreichischen Gebiet verloren hat, erklärte sich für die Selbständigerhaltung der österreichischen Landesmannschaft unter ihrem alten Organisationsnamen: Hitachduth Olej Austria, um — in gewohnter Weise — als Oesterreicher für Oesterreicher tätig sein zu können.

Die unter dem Titel «Oesterreichische Juden» zusammengefaßten und ineinander geschmolzenen Judengemeinschaften, die nur zum kleinsten Teil im Oesterreich des Vertrages von St. Germain geboren sind, die aber durch Flucht im Weltkrieg 1914/1918 oder später durch Bevorzugung der österreichischen Landschaft und durch das unbedingte Entgegenkommen seiner damals toleranten Bevölkerung, Oesterreich zur Wahlheimat machten; diese Juden, die durch jahrhundertelange Zusammenarbeit in der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, zu den heute selbständigen Staaten der C.S.R., von Ungarn, Polen, Jugoslavien usw. mehr neigen, als nach Deutschland, können sich daher nicht mit dem Gedanken vertraut machen, selbst in Erez-Israel sich der deutschen Landesmannschaft anzuschließen.

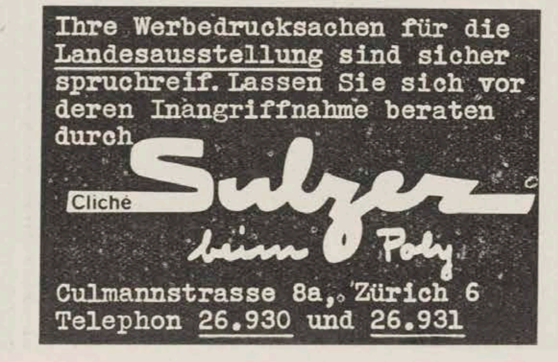
Viel eher und näher liegt der Gedanke, ein dauerndes Kommissariat für Einwanderungsfürsorge zu schaffen, in dem alle Landesmannschaften innerhalb des Jischuws berechtigt Sitz und Stimme hätten. In dieser neuzuschaffenden Stelle sollen alle Neueingewanderten, gleichgültig aus welchem Galuthlande sie kämen — vorbehaltlos betreut werden. Die österreichischen Juden wünschen nicht, daß in Erez-Jisrael etwa neue Ghetti geschaffen würden durch die Bevormundung der Eingewanderten durch die einzelnen mehr oder weniger einflußreichen Landesmannschaften. Sie wünschen nicht, daß etwa hier, anstatt einer gegenseitigen Angleichung vom Juden zum Juden, aus welchem Einwanderungsland er kommen mag, ein neues Nationalitätenproblem geschaffen, bezw. künstlich hochgezüchtet werde. Denn der Standpunkt der österreichischen Juden innerhalb des Jischuws ist der, daß die einzelnen Heimatorganisationen nur dann eine Lebensberechtigung haben, falls sie ausschließlich als Auffangorganisation gedacht nur für den Anfang dem Einwanderer an die Hand gehen und ihm die Einordnung in den jüdischen Arbeitsprozeß im Lande erleichtern, bezw. überhaupt ermöglichen.

Zurzeit ist nun die Lage derart, daß zwei Organisationen nebeneinander um die Fürsorge der österreichischen Juden bekümmert sind. Es sind das die schon vorher erwähnte Hitachduth Olej Austria, deren Standpunkt im Vorgeschriebenen klargelegt wurde, und die Hitachduth Olej Germania.

Während ein Teil der in Palästina lebenden Juden Oesterreichs sich für den «Anschluß» an die Hitachduth Olej Germania ausgesprochen hat, ist die Majorität der in Palästina lebenden österreichischen Juden die die verantwortlichsten und aktivsten Elemente umfaßt, für die Selbständigerhaltung und Unabhängigkeit der österreichischen Landesmannschaft «Hitachduth Olej Austria».

Zu erwähnen wäre noch, daß von den etwa 400 Personen, die seit dem Untergange Oesterreichs nach Palästina eingewandert sind, mit Hilfe der Hitachduth Olej Austria, fast die Hälfte in den jüdischen Arbeitsprozeß eingeordnet wurden, während dem Rest Unterkunft und Verpflegung gewährt wird, bis auch diese dem hiesigen Arbeitsprozeß überantwortet werden können.

Anitta Mueller-Cohen, Tel-Aviv.



Die Wiener «Talmud-Thora» Volks- und Bürgerschule.

Die leitenden Männer dieser Anstalt dachten noch vor kurzem nicht daran, welch schwerer Existenzkampf ihr in absehbarer Zeit bevorstehen wird. So sieht sich die Leitung heute vor Aufgaben gestellt, die sie nur in mühevoller Anstrengung bewältigen kann. Einige interessante Zahlen liefern ein klares Bild vom segensreichen Wirken dieser über ein Menschenalter bestehenden Anstalt im Herzen des Wiener Judentums: Ueber 600 Kinder beiderlei Geschlechtes erhalten in dieser Volks- und Bürgerschule mit Oeffentlichkeitsrecht in 17 Klassen von 25 Lehrern und Lehrerinnen sowohl profanen als auch religiösen Unterricht. 250 Kinder, davon 120 Burgenländer, werden täglich ausgespeist. Für die physische Pflege der, besonderen Entbehrungen ausgesetzten jüdischen Kinder, wird außerdem auf verschiedene Weise gesorgt. Zehn neu eingerichtete Duschen stehen den Kindern zur Verfügung. Liegestühle im eigenen Schulgarten ermöglichen den Zöglingen eine ungestörte Erholung.

Man bedenke, unter welchen schweren Umständen die Verwaltung dieses Institutes arbeiten muß. Die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr sind durch den Zuzug der Burgenländer, durch das fast verdoppelte Quantum der zur Ausspeisung gelangenden Lebensmittel sowie durch den Umstand, daß die Kinder auch während der Ferienzeit ernährt werden müssen, gewaltig gestiegen. Anderseits sind die Einnahmen infolge der Verhältnisse katastrophal gesunken. Den unter den denkbar schwierigsten Voraussetzungen arbeitenden Leitern der Talmud Thora ist darum der Dank der jüd. Oeffentlichkeit sicher.

B. B.

Stutschewsky in Palästina.

Jerusalem. Wt. - Endlich landete Stutschewsky dort, wohin er seinem ganzen Wesen und seiner bisherigen Wirkung nach gehörte: In Erez-Israel. Seine Ankunft hier wurde auch mit einer einmütigen Begeisterung aller Kreise aufgenommen. Dies kam bei verschiedenen Anlässen zum beredten Ausdruck: Bei einem offiziellen Empfang in den Räumen des Hauserschen Konservatoriums, sowie in der Rede von Dr. Jehuda Kaufmann, dem Vorsteher der Kulturabteilung des Waad Leumi, anläßlich der Aufführung des Oratoriums von Hugo Adler (geleitet von Ma Lampel), im großen Saal der Sochnut. Man erwartet von Stutschewskys Wirken im Lande einen bedeutenden Antrieb für das hiesige Musikleben, vor allem eine wesentliche Aenderung in der Einstellung der musikalischen Kreise zur jüdischen Musik. Die Kulturabteilung des Waad Leumi hat Stutschewsky als «Mitfakeach Musikali» nominiert und ihm die Ueberwachung der Musikentwicklung im Lande, in den Kolonien und Schulen anvertraut; außerdem fungiert er bereits als «Honorary Secretary» des «Weltzentrums für jüdische Musik» und im Zusammenhang mit diesen beiden Stellen erwarten die musikalischen Kreise, daß Stutschewsky auch die Leitung oder Kontrolle der jüdischen Musikstunde am Radio, die in ihrer bisherigen Leistung viele Wünsche offen läßt, erhält. Vorderhand ist es ihm und seiner Gattin, der talentierten Cellistin Regina Schein, in kürzester Zeit gelungen, die Sympathien aller Gesellschaftsschichten zu erobern. Als Cellist ist Stutschwesky bis jetzt nur im Radio mit eigenen Kompositionen und bei einigen Feiern in der Sochnut hervorgetreten.

Regina Schein im Jerusalemer Radio. Am 11. August, von 8 bis 9 Uhr war die bekannte Cellistin Regina Schein im Jerusalemer Radio zu hören. Sie spielte Werke für Cello und Klavier und anschliessend mit Stutschewsky Duette für zwei Celli.

Richard Lichtheim-Vortrag in Zürich. Am Samstag, den 13. August, veranstaltet die Zionistische Ortsgruppe Zürich um 20.30 Uhr im großen Saal des Zunfthauses «zur Waag» (Münsterhof) einen öffentlichen Vortrag. Das ehemalige Mitglied der Zionistischen Exekutive Richard Lichtheim, Jerusalem, spricht über das aktuelle Thema: «Die Lage des Judentums und das jüdische Palästina». Der Vortrag des fesselnden und kenntnisreichen Redners dürfte starkem Interesse begegnen. (Siehe auch Inserat auf Seite 6)



Israelitische Cultus Gemeinde Zürich
Offizielle Mitteilung

Religionsschule der I.C.Z.

Wiederbeginn des Unterrichtes Montag den 15. August 1938.

Die Schulpflege der I.C.Z.

Obligatorischer Barmizwoh-Unterricht.

Die Schulpflege der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich hat beschlossen, für die Schüler unserer Religionsschule einen

obligatorischen Barmizwoh-Unterricht

einzuführen.

Die Eltern unserer Religionsschüler werden hiermit höflich ersucht, ihre Knaben ein halbes Jahr vor der Barmizwoh dem Gemeindesekretariat schriftlich zu melden. Diese Knaben sind zur Teilnahme am Barmizwah-Unterricht, der durch unseren Rabbiner, bezw. unsere Lehrer erteilt wird, verpflichtet.

Zürich, 8. August 1938.

Die Schulpflege der I.C.Z.

Pro memoria.

Wir machen die letztjährigen Mieter von Synagogenplätzen höflich darauf aufmerksam, daß gemäß Zirkular vom 15. Juni 1938 die Mietbeträge pro 1938/39 **bis spätestens 15. August 1938** einzubezahlen sind, ansonst sich der Vorstand vorbehalten würde, über die Plätze anderweitig zu verfügen.

Zürich im August 1938. **Der Vorstand.**

Basel. Der Vorstand des Jüd. Gesangvereins erläßt einen Aufruf an die Gemeindemitglieder und deren Söhne. Die schöne Ferienzeit geht ihrem Ende entgegen. Oberkantor und Synagogenchor werden am 12. August zu Schabbos Nachmuh ihre Dienste wieder aufnehmen. Die Chorproben beginnen wieder im Anschluß an den Morgengottesdienst am 13. August von 10—12 Uhr in der Synagoge damit die Gesänge für die hohen Herbstfeiertage sorgfältig einstudiert werden können. Zum guten Gelingen und um den Gottesdienst weihevoll zu gestalten, bedarf es einer vollen Besetzung der einzelnen Stimmen unseres Chores. Wir bitten deshalb alle stimmbegabten Gemeindemitglieder und ihre Söhne: Helfet uns, unseren Synagogenchor ausbauen und meldet euch als aktive freiwillige Sänger bei unserm Chorpräsidenten, Herrn M. Guth, Burgunderstr. 4, schriftlich an.

Neu-Zionistische Organisation.

Am Dienstag, 2. August, wurde eine Ortsgruppe Zürich dieser Organisation gegründet. Der provisorische Vorstand besteht aus den Herren Kaufmann Leo Orlow, stud. jur. Max Lebedkin und cand. med. Ignatz Schenker. Regelmäßige Zusammenkünfte mit Diskussion jeden Dienstag, 8.15 Uhr, in den Vereinsräumen, Stampfenbachstraße 48, II. St. Jeden Mittwoch abend unentgeltliche Hebräisch-Stunde.

Jüdische Wiener Künstler im «Goldenen Schäfli», Zürich. Neben der großen Tanzattraktion von Sascha Naburgow und Ensemble, sowie der flotten Stimmungs-Kapelle «Rigolo» und nicht zu vergessen dem altbewährten Schweizer Komiker «Lolo» sehen wir zwei jüdische Wienerkünstler allergrößten Formats: Viktor Sternau und Adolf Fischer. Uns allen wohlbekannt ist Viktor Sternau. Hat sich doch der sympathische Sänger vom Radio Wien längst schon die Herzen aller Rundfunkhörer erworben. Auch Adolf Fischer versteht es vortrefflich, uns durch seinen köstlichen Humor für einige Stunden den grauen Alltag vergessen zu lassen. Nur noch einige Tage dauert dieses Gastspiel. Daher versäume niemand die Gelegenheit, Adolf Fischer und Viktor Sternau auf den Brettern zu bewundern. Gublo.

Zur Frage der Besteuerung ausländisch-(schweizerisch) jüdischen Grundbesitzes in Deutschland.

Ende Juni hat in allerletzter Stunde der deutsche Reichswirtschaftsminister eine Durchführungsverordnung zur bekannten Verordnung über die Anmeldung des Vermögen von Juden vom 26. April 1938 erlassen, aus deren Wortlaut endlich klar ersichtlich wurde, daß Juden nichtdeutscher Nationalität mit Wohnsitz außerhalb Deutschlands von der Anmeldungspflicht bezüglich ihres in Deutschland befindlichen Vermögens ausgenommen seien. Wenn in diesem einen Punkt die zuständigen deutschen Instanzen ihre Hefte revidiert haben, dann nur deswegen, weil bestimmte Mächte zugunsten ihrer betroffenen Staatsbürger jüdischen Bekenntnisses interveniert hatten.

Man versucht nun aber auf einem weniger auffälligen Weg gleichwohl ausländischen, in jüdischem Besitz befindlichen Grundbesitz einer schlechteren Behandlung zu unterziehen, als den Grundbesitz eines sogenannten arischen Besitzers (sei er nun Deutscher oder Ausländer).

Dieser Vorgang spielt sich auf dem komplizierten und fast nur dem deutschen Steuerfachmann zugänglichen Gebiet der zahlreichen, mit dem deutschen Grundbesitz verknüpften Steuern ab.

Am 20. April 1938, kurz vor dem Erlaß der berüchtigten Verordnung vom 26. April 1938, wurden nämlich im Reichssteuerblatt Nr. 34 die sogenannten Richtlinien für Billigkeitsmaßnahmen auf dem Gebiet der Grundsteuer publiziert Ohne auf die Einzelheiten dieser Richtlinien hier eingehen zu können, sei hervorgehoben, daß bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen, wie Leerstehen von Räumen, billiger Vermietung und Mietausfall, die deutschen Gemeinden die Grundsteuer ganz oder zum Teil erlassen können. Ob diese Voraussetzungen für den Erlaß gegeben sind, ist eine Ermessensfrage.

Die Richtlinien vom 19./20. April 1938 ordnen nun aber als Novum ganz allgemein an, daß ein Billigkeitserlaß nicht für Steuergegenstände zu gewähren sei, die Juden gehören: «Wer Jude ist, bestimmt § 5 der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (R. G. Bl. I, S. 1333)».

Die zum Erlaß der Grundsteuer kompetenten Gemeindeorgane wenden nun diese Bestimmung, wie die Praxis zeigt, auch auf den Grundbesitz von Ausländern jüdischen Bekenntnisses an. Die deutschen Gemeinden haben damit eine scheinbare Rechtsgrundlage, um auch den ausländischen jüdischen Grundbesitz durch Besteuerung in einer für das Steuerobjekt wirtschaftlich untragbaren Höhe ertraglos, wenn nicht sogar defizitär zu gestalten. Neuerdings sollen auch gleiche Bestimmungen bezüglich eines unter bestimmten Voraussetzungen zu gewährenden Hauszins-Steuer-Erlasses veröffentlicht worden sein.

Dieses Vorgehen verletzt allgemeine völkerrechtliche Grundsätze, aber insbesondere auch Art. 1 des Staatsvertrages zwischen Deutschland und der Schweiz vom 31. Oktober 1910.

Es ist Pflicht eines jeden Betroffenen, gegen diesen Rechtseinbruch zunächst durch Ergreifung der Verwaltungsrechtsmittel sich zur Wehr zu setzen, und wenn dies nicht fruchtet, den diplomatischen Schutz anzurufen. G. G.

DAS BLATT DER JÜDISCHEN FRAU

Palästina ruft.

Bei GOLDIE MEIRSON, Arbeiterführerin aus Erez in Evian.

In die Hitze eines Sommernachmittags bricht ihre kämpferische Stimme fanfarenhaft ein. Die Wucht ihrer Forderungen löst alle Energien der Hörenden, wenn sie verkündet: «Wir Juden sind Flüchtlinge nur aus Notwendigkeit, aber wir haben eine Heimat und ein Heim: Erez Israel . . .»

Das amerikanische Englisch kommt rasch von ihren Lippen und mit einer harten Entschlossenheit, es ist die Stimme des jungen, des arbeitenden, des kämpfenden Palästina, die da ruft.

Gehört nicht ein Pflug in diese zupackenden Hände, die Erde Erez Israels für die Saat zu bereiten, müßte nicht das Kopftuch der palästinischen Bäuerinnen diese dunklen Haare decken, müßte sie nicht die Werkkleidung der Arbeiterinnen tragen statt des lichten europäischen Sommerkleides, diese Goldie Meirson, die mit einer so ungebrochenen, so leidenschaftlichen so vitalen Kraft für die Arbeiter Palästinas spricht, niemals als distanzierte Führerin, sondern immer als eine unter den vielen Schaffenden, bereit, Letztes hinzugeben für den Aufbau des geliebten Landes. —

Einfach spricht sie, klar, knapp — aber was ist es nur, das diesen kleinen Konferenzsaal in dem distinguierten Hotel hoch über Evian jäh wandelt, daß nur noch die weiten Ebenen des Heiligen Landes da sind, Erde, die mühsame Arbeit braucht, Siedler, die unermüdlich sind, auf Feldern, in Gärten, aber auch an Maschinen und in Fabriken. —

Es ist etwas, das aus Goldie Meirson spricht und mitreißt und Kraft hat, stärker denn sie: das altjunge Land, das seine Menschen fordert und hält. Wie sehr müssen gerade die, deren Land noch immer Prärien kennt und Urwald, wie sehr muß gerade in Amerika, dem klassischen Reich der Kolonisation, anerkannt werden, was einige Jahrzehnte aus Erez Israel an Aufbau vermochten.

Goldie Meirson ist eine von denen, die mitten im amerikanischen Tempo den Ruf hörten, heimzukehren. Sie tat das schon 1921, eine sehr junge amerikanische Lehrerin, aber obschon sie indes eine der anerkanntesten Führerinnen sowohl der Jüdischen Arbeiterpartei Palästinas wurde als auch eines der führenden Gewerkschaftsmitglieder, Amt und Würden haben ihr nichts nehmen können von ihrem frischen Elan. Der nimmt auch alles Unpersönliche des kleinen Hotelzimmers fort und wenn Goldie Meirson von ihrer Vortragstournée berichtet, die sie während 8 Monaten kreuz und quer durch U.S.A. führte, wenn sie von der Hilfsbereitschaft der jüdischen Menschen jenseits des Ozeans erzählt, dann ist wieder jenes Leuchten da, das nicht nur ihrer Stimme jenen Fanfarenklang gibt, sondern auch das ernste Gesicht hellmacht.

«Ich hoffe, mir ist gelungen, eine Jugend-Alijah aus Deutschland und Oesterreich in großem Ausmaß möglich zu machen —»

Sie sagt es ganz schlicht, aber während dieser ganzen mühsamen Fahrt, Gelder zusammenzubekommen, hat sie nie vergessen, was es bedeutet, für diese bedrängte Galuth-Jugend, heimkehren zu dürfen.

Wie sich die Frauen und gerade die aus Deutschland Zugewanderten bewährten in dem harten Kampf als Siedlungs-Pionierinnen — ob sie in Erez noch immer die «Jeckes» bleiben und sich von den andern separieren?

Goldie Meirson schüttelt energisch den Kopf. «Das ist so eine Legende», sagt sie, «wie die der großen Konflikte zwischen Ost- und West-Juden, zwischen Orthodoxen und Arbeiterbewegung — das Land eint alle. Aber die Frauen tun das Beste dazu. In Kampf und Gefahr bewähren sie sich und gerade auch die aus Deutschland Gekommenen. Sie stehen ihren Mann, die jüdischen Frauen, wir haben allen Grund, stolz auf diese Leistung zu sein.»

«Aber immer nur Kampf, immer nur Arbeit, immer nur das rein körperliche Leistenmüssen, ist das nicht wieder ein Uebersteigern und bleibt nicht diesmal das Geistige zurück?»

Goldie Meirson tritt ans Fenster. In unendlicher Weite schimmert der Lac Léman. «Mag sein, daß diese französische Landschaft friedlicher ist, aber kann es tieferen Einfluß geben für das Gemüt junger Menschen denn unser Land — könnte je irgend einer unserer Jungen vergessen, daß diese Stätten unserem Volk schon vor Jahrtausenden heilig waren und daß nun seine Arbeitskraft die uralte Sehnsucht verwirklichen hilft.»

«Aber diese Jugend, die aus den großen Städten Europas kommt, die kennt doch so wenig noch von biblischen Werten, für die war doch Theater und Kino kulturelle Heimat, ist Religion und lebendige Geschichte imstande, die Brücke zu bilden von diesem Gestern zum Heute —»

Goldie Meirsons dunkle Augen leuchten auf. «Wir haben neben den Siedlungs-Kwuzoth jetzt auch begonnen, Fischerei-Kwuzoth einzurichten, wir beginnen, unsere Schiffahrt auszubauen, wir haben so viel noch ungenutzte Möglichkeiten, wenn man uns nur schaffen läßt. — Und dann ist da unsere Habimah, die wandert gerade zu den Siedlern und unser Film ist auch dabei, eigene Produktion aufzubauen — das Leben hat wieder seine natürlichen Gesetze für alle — Körperliches und Geistiges in gutem Ausgleich. —»

«Aber sind nicht doch immer wieder gerade Frauen da, die dies neue Leben nicht zu erfüllen vermögen, deren Fackel für die gemeinsame jüdische Zukunft verlischt. —»

Goldie Meirsons Stimme hat wieder jenen metallenen Klang. «Dann ist schon wieder die nächste bereit, die Fackel weiterzutragen», ruft sie, «ein heiliges Feuer glüht in unserer Jugend für Erez-Israel, das ist nicht wie eine Lava, die plötzlich hervorbricht und dann Asche wird. Dies Feuer unserer Jungen hält den Herd heilig, dessen wache Hüterinnen unsere Frauen sind!»

Solch fast prophetische Botschaft muß und wird die jüdische Frauen-Generation erfüllen, wenn sie auch weiterhin Wegbereiterinnen für die große Sache folgt wie Goldie Meirson.

Josch.

Jüd. Damenchor Zürich. Unsere Singferien sind zu Ende, und wir bitten unsere Aktiven, sich zur nächsten Singprobe am 15. Aug. wie gewohnt um 8.30 Uhr im Jüd. Heim, Weldlerzimmer, einzufinden. Es wird uns freuen, viele neue Mitglieder begrüßen zu können.

Der Vorstand.

SPORT

Auto-Rennen. Im La Turbie-Bergrennen bei Nizza wurde René Dreyfuß auf Delahaye Zweiter in 3 : 47.

Eine neue Boxer-Rangliste. Die führende amerikanische Fachzeitschrift «The ring» veröffentlicht soeben eine neue Rangliste der besten Schwergewichtler der Welt Sie lautet: 1. Weltmeister Joe Louis, 2. Max Schmeling, 3. Max Baer, 4. Baerlund, 5. Galento, 6. Pastor, 7. Farr, 8. Adamick, 9 .Rosenbloom, 10. Lou Nova.

Zwei Juden unter den zehn besten Boxern der Welt erscheinen als für die «minderwertige» jüdische Rasse als eine recht annehmbare Prozentnorm.

— Ein interessanter Kampf ist kürzlich für den 22. August nach Toronto abgeschlossen worden. Der jüdische Schwergewichtler aus Neuseeland Maurice Strickland wird an diesem Tag um den Schwergewichtstitel des British Empire gegen Tommy Farr anzutreten haben.

U.S.A.-Meisterschaften. Bei amerikanischen Leichtathletik-Meisterschaften, die in Buffalo durchgeführt wurden, gab es nur eine einzige Rekordverbesserung, und zwar durch Harry Ciemann, der im 3000-Meter-Gehen siegte und auf 13.39,9 Minuten kam. Phil. Levy, hoher Favorit im Diskuswerfen, mußte sich mit dem zweiten Platz begnügen, und Dreyer belegte im Hammerwerfen den dritten Rang.

* * *

Prag. Blödy siegte bei einem Spartameeting über die ¾-Meile in 3:20 Min. Schwarz wurde mit 3:25,4 Dritter.

* * *

Die Handballmeisterschaft des Makkabi Amsterdam lieferte am Sonntag ihr erstes Spiel gegen Sportvereinigung Ostende, I. Männer, und gewann 16:3 (Halbzeit 5:1). Der hohe Sieg ist besonders den ehemaligen Bar Kochbanern aus Deutschland, Safier, Raber und Rudawer, zu verdanken.

* * *

Wassersport. Haifa. In den Wasserball-Spielen schlug Makkabi Haifa I eine Auswahl-Sieben von Tel-Aviv mit 7:0, während Makkabi Haifa II über die Polizei-Haifa mit 4:2 erfolgreich war. Die Jugend des Makkabi Haifa war über die Militärschule mit 7:0 in Front.

— In Tunis schlug die Wasserball-Mannschaft des C. N. T. (Makkabi) das lokale italienische Team 5:3 und 6:1. Im 200 m-Brustschwimmen siegte Bonan und Gozlan mit 3:12 resp. 3:16, während über 100 m Naim in 64,4 Sek. von dem Italiener Lisardi glatt geschlagen wurde.

Nacache vierfacher Meister. Bei den französischen Schwimmmeisterschaften, die im Pariser Stadion durchgeführt wurden, qualifizierte sich Alfred Nacache als der erfolgreichste und vielseitigste Schwimmer. Er gewann die 100-Meter-Crawl in 1.01, die 200-m-Crawl in 2.20,7, die 200-Meter-Brust in 2.59,7 und verhalf seinem Verein außerdem zum Sieg in der 4-mal-200-Meter-Crawl-Staffel.

* * *

Užhorod. Das neue Schwimmbad in Užhorod, eine der schönsten Anlagen in der Tschechoslowakei, wurde nach einer Ansprache des Bürgermeisters mit einem Meeting eingeweiht, bei welchem die Schwimmer des Prager Hagibor auf der neuen 50-Meter-Bahn sämtliche Bewerbe an sich brachten.

Leichtathletik. Der Amerikaner Howard Brill stieß die Kugel 15.74 m weit.

Fußball. 4000 Zuschauer sahen im Pokal-Endspiel zwischen Hapoel Tel-Aviv und Makkabi Tel-Aviv keine besonderen Leistungen. Auf beiden eiten waren die Hintermannschaften stärker als die Angriffsreihen. Die Makkabi-Elf spielte lustlos und zerfahren. Der 2 : 1-Erfolg des Hapoel war durchaus verdient und hätte bei grösserer Entschlußkraft des Angriffs höher ausfallen können.

Jüdischer Turnverein Zürich. Nach den Sommerferien (Schulanfang) turnen wieder alle Sektionen und zwar:
Aktive: je Donnerstag und Montag, 20 Uhr, Turnhalle Kernstraße,
Männer: je Donnerstag, 20 Uhr, Turnhalle Näfenstraße,
Jugendriege: je Donnerstag, 18 Uhr, Turnhalle Kernstraße, bei großer Beteiligung zweiteilig in einer Turnhalle in der Stadt.
Frauenriege: je Mittwoch, 20 Uhr, an der Splügenstraße, Turnsaal Frl. Bloch.
Damenriege: je Dienstag, 20 Uhr, Turnsaal Frl. Bloch, Splügenstraße.

Geschäftliches

Ernährung und Tour de Suisse. Die Nahrung ist der Betriebsstoff des menschlichen Körpers. Im normalen Gang des täglichen Lebens mag für viele von uns die übliche Nahrung ausreichen. Wo es sich aber darum handelt, mehr als Durchschnittliches, ja Höchstleistungen zu vollbringen, muß der Körper unbedingt vermehrte Energie- und Kraftreserven besitzen. Hier kann nur eine hochkonzentrierte, vollwertige Kraftnahrung in Frage kommen. Die Tour de Suisse-Leitung hat je und je dem Ernährungsproblem die verdiente Beachtung geschenkt. So hat sie auch dieses Jahr Ovomaltine als offizielle zusätzliche Wettkampfnahrung erklärt. Die Rennfahrer nehmen Ovomaltine zum Frühstück und an den Verpflegungs-Kontrollen. Zum Kräfte-Nachschub während der Fahrt ist Ovo-Sport begehrt.

Nach London?

Wer geschäftlich, zum Besuch oder zum Vergnügen nach London reisen will, benützt vorzugsweise den Schnelldienst der Swissair. Der Luftweg ist nicht nur der kürzeste — Zürich—London in 3½ Stunden, — sondern erleichtert auch den Passagieren die Unannehmlichkeiten einer Reise, wie Umsteigen, Schiffahrt etc. Anmeldungen für Flüge nach London sind möglichst frühzeitig aufzugeben, da während der Hochsaison die großen Douglas-Flugzeuge häufig «ausverkauft» sind, Alle Auskünfte erhält man beim Luftreisebüro Zürich, Bahnhofplatz 7, Tel. 73.133.

Die Ausfuhr-Industrien auf der Prager Messe.

Prag. — Vom 2. bis 11. September findet in Prag die 37. Internationale Herbstmesse statt, welche wieder als Leistungsschau der tschechoslowakischen Ausfuhrindustrien organisiert worden ist. Die Beteiligung ist mit 3000 Ausstellern auf der Höhe der vorjährigen Herbstmesse geblieben, die Beteiligung der typischen Exportzweige des Landes hat sich jedoch verstärkt. Unter den Ausstellern der Messe befinden sich auch einige Firmen aus der Schweiz, welche stets auch eine hohe Besucherquote stellt. Zur Messe reisende Ausländer erhalten auf Grund des Messeausweises in der Tschechloslowakei 50% Fahrpreisermäßigung, in der Schweiz 25%. Auskünfte über die Prager Herbstmesse erteilt die Tschechoslowakische Handelskammer in der Schweiz, Zürich, Uraniastraße 35.

Warum Feldstecher? — Der Name kommt nicht von ungefähr; man wollte, als man die Bezeichnung schuf damit sagen, etwas aus dem Gesichtskreis besser hervorstechen lassen. Es gibt ja so mancherlei, das mit dem unbewaffneten Auge nicht recht erfaßt werden kann, besonders bei zu großen Distanzen oder bei beweglichen Gegenständen. Da erfüllt nun der Feldstecher seinen Zweck. Er bringt uns entfernte Gegenstände in greifbare Nähe, er läßt uns Lebewesen in Wald und Flur besser erkennen und erhöht uns den Genuß der Ferien, Reisen und Sport. Die Prismen-Feldstecher der Firma Kern & Cie., Aarau, erfreuen sich besonderer Beliebtheit; es sind Feldstecher höchster Präzision, dabei sehr leicht und handlich; wir haben sogar ein reizendes Taschenformat, welches sehr gern gekauft wird und seinen Zweck ausgezeichnet erfüllt. Siehe Inserat.



Bei ihren Spenden denken Sie an:

Israel. Fürsorge	Postcheck-Nr. VIII 3963
„ Frauenverein	„ „ VIII 5090
„ Jugendhort	„ „ VIII 13741
Kinderheim Heiden	„ „ VIII 13603
Hilfsverein f. jüd. Auswanderung Zürich	„ „ VIII 11650

Wochenkalender

August 1938		Aw 5698	
12	Freitag	15	
13	Samstag	16	Weeschanan
14	Sonntag	17	Schabb. Nachmo
15	Montag	18	
16	Dienstag	19	
17	Mittwoch	20	
18	Donnerstag	21	

Isr. Cultusgemeinde Zürich:

Gottesdienst:

Freitag abend Synagoge	6.30
Betsaal	7.15
Samstag vorm.	8.30
Samst. nachm. nur im Bets.	4.00
Wochentag morgens	7.00
abends	7.15

Isr. Religionsgesellschaft:

Freitag abend Eingang	7.15
Samstag Schachris	7.45
„ Mincho	4.00
wochentags Schachris	6.30
„ Mincho	6.30

Sabbatausgang:

Zürich, Baden, Endingen, Lengnau 8.20, Basel, Bern, Biel, Liestal, Fribourg 8.32, Lausanne, Yverdon, Chaux-de-Fonds 8.34, Luzern, Winterthur 8.28, St. Gallen, St. Moritz 8.24, Genf 8.33, Lugano 8.21, Davos 8.21.

FAMILIEN-ANZEIGER

Geboren: Eine Tochter des Hrn. S. A. Kowalski, Schochet, Zürich.

Bar-Mizwoh: David, Sohn des Herrn Dr. Marcus Cohn, Basel.
Robert, Sohn des Herrn Ernst Leiserowitz, Basel.

Vermählte: Herr Samuel Goldstein, Preßburg, mit Frl. Sara Schwarz, Basel.

Gestorben: Frau Charlotte Palivoada, 68 Jahre alt, in Genf.
Frau Camille Wolff-Bloch, 63 Jahre alt, in Strasbourg.

Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile 60 Cts. — Druck: Uto-Buchdruckerei A.-G.